



## NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege  
am 23.01.2020**

### Anwesend waren:

#### Vorsitzende/r

Herr Claus Hamp	
-----------------	--

#### CDU-Fraktion

Herr Lars-Henning Bartels	
Frau Leonie Bierent	
Herr Dr. Manfred Bödicker	
Frau Angelika Knapp-Lohkemper	
Herr Ortwin Ludwig	
Herr Dr. Hans-Henning Peters	
Frau Elisa Rabe-Bartels	
Herr Jörg Rüppel	
Frau Susanne Rüppel	
Herr Michael Schmidt	
Herr Stefan Schneider	
Frau Annegret Schröter	
Herr Klaus Wolf	

#### SPD-Fraktion

Herr Ramiz Arifi	
Herr Markus Claus	
Herr Alexander Feiertag	
Herr Stefan Fiege	
Herr Jörg Heinz	
Herr Knut John	
Frau Gabriele Kniese	
Herr Joachim Lorchheim	
Herr Karl Montag	
Herr Thomas Reyer	
Frau Jacqueline Stolle	

Frau Petra Strauß	
-------------------	--

**FWG-Fraktion**

Herr Jochen Grüning	
Herr Jürgen Häcker	
Herr Andreas Hölzel	

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Siegfried Fiegenbaum	
Frau Vanessa Grauer	

**Fraktion Die Linke**

Herr Bernhard Gassmann	
Frau Erika Rebbig-Kosir	

**FDP-Fraktion**

Herr Klaus Volkmar	
--------------------	--

**Mitglieder des Magistrats**

Herr Heinz-Jürgen Gathmann	
Herr Thomas Große	
Herr Stefan Happel	
Herr Alexander Heppe	
Frau Patricia Hölzel	
Herr Lukas Sennhenn	
Herr Theodor Sternal	
Herr Matthias Wenderoth	

**Ortsvorsteher**

Herr Rainer Bick	
Herr Walter Hoefel	
Herr Georg Hofmann	
Herr Wolfgang Werner	

**Schriftführer/in**

Herr Volker Jatho	
-------------------	--

**von der Verwaltung**

Frau Rebecca Herzog-Meister	
-----------------------------	--

**Vorsitzende/r des Ausländerbeirates**

Herr Washa Beroschwili	
------------------------	--

**Entschuldigt:**

**CDU-Fraktion**

Herr Dennis Moneke	
--------------------	--

**SPD-Fraktion**

Herr Marcus Stolle	
--------------------	--

**FDP-Fraktion**

Frau Jutta Thiele	
-------------------	--

**Mitglieder des Magistrats**

Frau Heidrun Ott	
------------------	--

**Ortsvorsteher**

Herr Matthias Herzog	
----------------------	--

Herr Thomas Rehbein	
---------------------	--

**Beginn der Sitzung:**

**19:00 Uhr**

**Ende der Sitzung:**

**21:50 Uhr**

Herr Stv.-V. Hamp begrüßt alle Mandatsträger/-innen, Gäste und die Presse.

Anschließend gratuliert er allen Mandatsträgerinnen/Mandatsträgern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Er weist darauf hin, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Hinweisbekanntmachung am 18.01.2020 in der Werra-Rundschau erfolgte. Außerdem stellt er fest, dass die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Das Protokoll vom 12.12.2019 wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Beschlossen

Ja: 18, Nein: 16, Enthaltungen: ---

Bezüglich des Eilantrages der SPD- und Linken-Stv.-Fraktion betr. „Resolution zur Beibehaltung von Ausländerbeiräten“ gibt Herr Stv.-V. Hamp bekannt, dass eine separate Beschlussfassung über die Aufnahme auf die Tagesordnung nicht benötigt wird, da er als Ergänzungsantrag zu TOP 7 „Antrag der Grünen-Stv.-Fraktion betr. Bekenntnis zum Ausländerbeirat“ gewertet wird.

Dem wird überwiegend zugestimmt und die Tagesordnung wird daher einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 34, Nein: ---, Enthaltungen: ---

Somit lautet die Tagesordnung wie folgt:

**Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:**

<b>TOP</b>	<b>Titel</b>	
1.	Haushaltsplan 2020.....	6
1.1	Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020.....	6
1.2	Einbringung des Entwurfs des Stellenplanes 2020.....	6
2.	Kommunalwahlen 2021 a) Benennung von Gemeindeteilen b) Angabe des Gemeindeteils auf den Stimmzetteln .....	7
3.	Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2019 des Eigenbetriebes „Wasserversorgungsbetrieb Eschwege“ .....	7
4.	Jahresabschluss 2018 des Eigenbetriebes Wasserversorgungsbetrieb Eschwege.....	7
5.	Wirtschaftsplan 2020 für den Eigenbetrieb Wasserversorgungsbetrieb Eschwege .....	8
6.	Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses 2019 des Eigenbetriebs „Baubetriebshof der Kreisstadt Eschwege“ .....	8
7.	Antrag der Grünen-Stv.-Fraktion betr. Bekenntnis zum Ausländerbeirat und Antrag der SPD- und Linken-Stv.-Fraktion betr. Resolution zur Beibehaltung von Ausländerbeiräten .....	9
8.	Antrag der SPD-, Grünen- und Linken-Stv.-Fraktion betr. Instrumente zur Transparenz der Stadtverordnetenversammlung.....	13
9.	Magistratsbericht .....	14
10.	Anregungen.....	15

## 1. Haushaltsplan 2020

### 1.1 Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020

**Zuständiger Fachbereich:** Fachbereich 1.2

*Herr Bgm. Heppe trägt die Vorlage vor, erläutert sie und bittet, vorlagegemäß zu beschließen.*

*Herr Stv. Gassmann bemängelt die erneute Grundsteuererhöhung, da die zu deckenden Ausgaben erst in den nächsten Jahren zum Tragen kommen (u.a. Konzessionsabgaben). Er schlägt dafür eine Erhöhung der Spielapparatesteuer vor.*

#### **Beschluss:**

- a) Der vorgenannte Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr **2020** wird gemäß § 97 Abs. 3 HGO zur Beratung und Vorbereitung der Beschlussfassung an den Finanzausschuss überwiesen.
- b) Der Entwurf des Investitionsprogramms für den Planungszeitraum 2019 bis 2023, der mit einem Investitionsvolumen von 50.161.200 EUR abschließt, wird zur weiteren Beratung an den Finanzausschuss und den Ausschuss für Bauen und Umwelt überwiesen.

#### Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 34, Nein: ---, Enthaltungen: ---

### 1.2 Einbringung des Entwurfs des Stellenplanes 2020

**Zuständiger Fachbereich:** Fachbereich 1.12, Fachbereich 1.2

*Herr Bgm. Heppe trägt die Vorlage vor, erläutert sie und bittet, vorlagegemäß zu beschließen.*

#### **Beschluss:**

Der Entwurf des Stellenplanes 2020 als Teil des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2020 wird zur Beratung an den Finanzausschuss überwiesen.

#### Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 34, Nein: ---, Enthaltungen: ---

- 2. Kommunalwahlen 2021**  
**a) Benennung von Gemeindeteilen**  
**b) Angabe des Gemeindeteils auf den Stimmzetteln**

**Zuständiger Fachbereich:** Fachbereich 1.1

*Herr Bgm. Heppe trägt die Vorlage vor, erläutert sie und bittet, vorlagegemäß zu beschließen.*

**Beschluss:**

- a) Die Gemeindeteile werden wie oben dargestellt beschlossen.  
b) Auf den Stimmzetteln für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung soll zusätzlich zu dem Ruf- und Familiennamen der Bewerber/innen der Gemeindeteil der Hauptwohnung angegeben werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Beschlossen

Ja: 34, Nein: ---, Enthaltungen: ---

- 3. Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2019 des Eigenbetriebes „Wasserversorgungsbetrieb Eschwege“**

**Zuständiger Fachbereich:** Fachbereich 1.2

*Herr Bgm. Heppe trägt die Vorlage vor, erläutert sie und bittet, vorlagegemäß zu beschließen.*

**Beschluss:**

Für die Prüfung des Jahresabschlusses 2019 für den Eigenbetrieb „Wasserversorgungsbetrieb Eschwege“ wird die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zum Abschlussprüfer bestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Beschlossen

Ja: 33, Nein: ---, Enthaltungen: 1

- 4. Jahresabschluss 2018 des Eigenbetriebes Wasserversorgungsbetrieb Eschwege**

**Zuständiger Fachbereich:** Fachbereich 1.2

*Herr Bgm. Heppe trägt die Vorlage vor, erläutert sie und bittet, vorlagegemäß zu beschließen.*

*Herr Stv. Gassmann weist darauf hin, dass den ausgewiesenen Verlust nicht die Wasserkunden zu tragen hätten, sondern die Stadtwerke. Er wolle deshalb seine Entlastung verweigern.*

*Daraufhin erklärt Herr Stv. Volkmar, dass der Abschluss von einem Wirtschaftsprüfer geprüft wurde und somit alles rechtlich in Ordnung ist.*

**Beschluss:**

1. Der Jahresabschluss 2018 des Eigenbetriebes „Wasserversorgungsbetrieb Eschwege“ wird in der vorliegenden Fassung festgestellt.
2. Der Jahresverlust in Höhe von -291.175,36 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Der Betriebsleitung wird für das Geschäftsjahr 2018 die Entlastung erteilt.

**Abstimmungsergebnis:**

Beschlossen

Ja: 31, Nein: 1, Enthaltungen: 2

<b>5.      <b>Wirtschaftsplan 2020 für den Eigenbetrieb Wasserversorgungsbetrieb Eschwege</b></b>
---

<b>Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.2</b>
---

*Herr Bgm. Hepe trägt die Vorlage vor, erläutert sie und bittet, vorlagegemäß zu beschließen.*

**Beschluss:**

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Wasserversorgungsbetrieb Eschwege“ wird in der vorgelegten Fassung für das Jahr 2020 beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Beschlossen

Ja: 29, Nein: 1, Enthaltungen: 3

<b>6.      <b>Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses 2019 des Eigenbetriebs „Baubetriebshof der Kreisstadt Eschwege“</b></b>
---

<b>Zuständiger Fachbereich: BBH</b>
-------------------------------------

*Herr Bgm. Hepe trägt die Vorlage vor, erläutert sie und bittet, vorlagegemäß zu beschließen.*

**Beschluss:**

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wird gemäß § 5 Nr. 13 des EigBGes mit der Prüfung des Jahresabschlusses, des Anlagenachweises sowie des Lageberichts beauftragt.

**Abstimmungsergebnis:**

Beschlossen

Ja: 34, Nein: ---, Enthaltungen: ---



**7. Antrag der Grünen-Stv.-Fraktion betr. Bekenntnis zum Ausländerbeirat und Antrag der SPD- und Linken-Stv.-Fraktion betr. Resolution zur Beibehaltung von Ausländerbeiräten**

**Zuständiger Fachbereich:** Fachbereich 1.1

*Herr Stv. Fiegenbaum trägt den Antrag der Grünen-Stv.-Fraktion vor, begründet ihn und bittet um Zustimmung.*

**Antragstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest:

1. Ausländerbeiräte sind ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil unserer parlamentarischen Demokratie und ermöglichen ausländischen Mitbürger\*innen aktive Teilhabe.
2. Der Ausländerbeirat Eschwege ist ein engagierter Partner in der Kreisstadt Eschwege und vertritt die Interessen von ausländischen Mitbürger\*innen seit über 25 Jahren.
3. Auf Grundlage dieser Erfahrungen bekennt sich die Kreisstadt Eschwege zu ihrem Ausländerbeirat und wird mit der im Jahr 2021 stattfindenden Kommunalwahl auch erneut einen Ausländerbeirat wählen.

**Begründung:**

In jeder hessischen Stadt oder Gemeinde, in der mindestens 1000 Ausländer\*innen leben, soll es einen Ausländerbeirat geben. Allerdings konnte in einem Drittel aller Kommunen, in denen es einen Ausländerbeirat geben sollte, keine Wahl stattfinden, weil es nicht ausreichend Kandidierende gab. Das heißt, in diesen Städten und Gemeinden gibt es aktuell keine politische Beteiligung von Ausländer\*innen. Anfang Dezember haben die Landtagsfraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Gesetzentwurf zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in den Landtag eingebracht. Ein wesentlicher Bestandteil ist die Stärkung der kommunalpolitischen Beteiligungsmöglichkeiten von Migrant\*innen. Darin sind unter anderem folgende Punkte enthalten:

- In jeder Kommune mit mehr als 1000 ausländischen Mitbürger\*innen wird es künftig eine Interessenvertretung der Migrant\*innen geben.
- Um die Wahlbeteiligung zu erhöhen werden die Wahlen für Ausländerbeiräte zukünftig zentral gemeinsam mit der Kommunalwahl, bei der auch die Stadt- und Gemeindeparlamente gewählt werden, stattfinden.
- In der HGO wird erstmals klar und unmissverständlich geregelt, dass die Ausländerbeiräte ein Antragsrecht in den kommunalen Parlamenten haben.
- In Kommunen mit mehr als 1000 ausländischen Mitbürger\*innen, in denen kein Ausländerbeirat zustande kommt, muss künftig alternativ eine Integrations-Kommission eingerichtet werden.
- Die kommunalen Parlamente können vor der Kommunalwahl entscheiden, ob sie die Vertretung der Migrant\*innen über einen Ausländerbeirat oder eine Integrations-Kommission sicherstellen. In jedem Fall gibt es in den entsprechenden Kommunen künftig eine Interessenvertretung der Migrant\*innen: entweder in Form des Ausländerbeirats oder der Integrations-Kommission.

Da es in Eschwege einen gut funktionierenden Ausländerbeirat gibt, möge sich die Stadtverordnetenversammlung dafür aussprechen, diesen auch weiterhin zu wählen und die Möglichkeit, eine Integrationskommission einzurichten, nicht zu ergreifen.

*Herr Stv. John trägt den Antrag der SPD- und Linken-Stv.-Fraktion vor, begründet ihn und bittet um Zustimmung.*

**Antragstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge folgenden Resolutionstext verabschieden und auf geeignete Art und Weise den unten genannten Adressaten zukommen lassen.

**Resolution zur Beibehaltung von Ausländerbeiräten**

Die Ausländerbeiräte erfüllen eine wichtige Aufgabe bei der Interessenvertretung von ausländischen MitbürgerInnen in Hessen und in Eschwege.

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege würdigen ausdrücklich die Arbeit des Ausländerbeirates als unverzichtbares Instrument für ein gemeinschaftliches Zusammenleben.

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt unterstützt die Durchführung der Wahlen des Ausländerbeirates.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert, die Bestimmungen der Hessischen Gemeindeordnung beizubehalten und wie bisher die Wahl von Ausländerbeiräten durchzuführen.

Die im Gesetzentwurf vorgesehene Optionsregel ist abzulehnen, denn sie mindert die demokratischen Rechte der Ausländervertretungen und nimmt ihnen die öffentliche Stimme.

Direkt gewählte Ausländerbeiräte sind gelebte Demokratie und ein erprobtes Instrument gegen Rechtspopulismus und Demokratieverdrossenheit!

**Begründung:**

Der im Hessischen Landtag vorliegende Gesetzentwurf zur „Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen EinwohnerInnen an der Kommunalpolitik...“ (Drucksache 20/1644) eröffnet Städten und Gemeinden die Möglichkeit, Ausländerbeiräte durch sog. Integrations-Kommissionen zu ersetzen.

Das bisherige Recht ausländischer MitbürgerInnen zur Direktwahl ihrer Interessensvertretung und damit das Recht auf demokratische Beteiligung, würden mit dem neuen Gesetzentwurf optional entfallen.

Eine Abschaffung des Wahlrechts für Drittstaatler widerspricht dem Integrations- und Demokratiegedanken. Wahlrecht auf kommunaler Ebene, also politische Partizipation, ist ein wichtiger Beitrag zum Lernen von Demokratie, ebenso wie von Toleranz.

Ausländerbeiräte sind Gremien in denen deren gleichberechtigte Mitglieder lernen gemeinsam Entscheidungen zu treffen und zu tragen, trotz unterschiedlicher ethnischer Herkunft, trotz unterschiedlicher Glaubensrichtungen, trotz unterschiedlicher Werte. Dies ist die beste Voraussetzung für eine Gesellschaft ohne Rassismus und Diskriminierung. Ausländerbeiratsmitglieder als direkt gewählte Vertreter sind Multiplikatoren bzw. Botschafter der demokratischen Werte in ihren Communities.

Die bisherige Regelung nach HGO schreibt die Einrichtung von Ausländerbeiräten vor.

Dieses Beteiligungsrecht darf nicht durch die im neuen Gesetz vorgesehene Wahlmöglichkeit für Kommunen zwischen Ausländerbeiräten und im Gesetzentwurf so genannten „Integrations-Kommissionen“ ausgehebelt werden.

Integrations-Kommissionen können als ergänzendes Instrument eingerichtet werden, insbesondere in den Städten und Gemeinden, in denen die Wahl eines Ausländerbeirates nicht zustande kommt.

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt hat am 24.01.2002 **einstimmig** die Änderung der Hauptsatzung beschlossen, so dass an einem Ausländerbeirat auch dann festzuhalten ist, wenn die Anzahl der ausländischen Mitbürger unter die in der HGO geforderten 1000 Menschen fällt.

An diesem bewährten Beschluss soll festgehalten werden. Denn direkt gewählte Ausländerbeiräte sind ein deutliches Signal gegen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Demokratieverdrossenheit!

Adressaten dieser Resolution:  
Hessischen Städte- und Gemeindebund,  
Hessischer Städtetag,  
AGAH  
die im Hessischen Landtag vertretenen Fraktionen  
Herrn Staatsminister K. Klose

*Herr Stv. Montag will dem Antrag der Grünen-Stv.-Fraktion zustimmen, da mit dem Ausländerbeirat gute Erfahrungen gemacht wurden. Aber auch die eigene Resolution wird befürwortet.*

*Er regt an, in dem Beschlusstext der Grünen-Stv.-Fraktion die Jahreszahl 2021 wegzulassen, sodass eine Ausländerbeiratswahl für die kommenden Jahre immer gewährleistet sei.*

*Dem stimmt Herr Stv. Fiegenbaum zu.*

*Herr Stv. Schneider begrüßt beide Anträge und lobt die Arbeit des Ausländerbeirates. Da ggf. kleinere Kommunen das von der Landesregierung vorgeschlagene Optionsmodell wählen können, sollte jedoch grundsätzlich diese Option bestehen bleiben. Einem Optionsmodell würde in Eschwege nicht zugestimmt werden; in Eschwege soll immer ein Ausländerbeirat gewählt werden. Die CDU-Fraktion habe daher mit dem Antrag der SPD- und Linken-Stv.-Fraktion, die das Optionsmodell in Frage stellen, Probleme.*

*Er trägt dann einen Änderungsantrag vor, in dem sich die Stadtverordnetenversammlung zum Ausländerbeirat bekennt.*

*Herr Stv. Arifi bestätigt, dass der Ausländerbeirat ein wichtiges Gremium und Anlaufstelle für Migrantinnen und Migranten sei. Er appelliert daher, einen positiven Beschluss zum Ausländerbeirat zu fassen.*

*Herr Stv. John sieht Eschwege als Vorbild. Eschwege würde für Kommunen, bei denen ein Ausländerbeirat nicht so präsent sei, eine Mitverantwortung tragen. Es gilt die Schwächeren zu unterstützen und die Demokratie zu stärken. Ein Ausländerbeirat muss demokratisch und öffentlich zugänglich sein, dies sei Voraussetzung für eine gute Integrationsarbeit.*

*Herr Stv. Heinz sieht bei dem Optionsmodell die Gefahr, dass bei veränderten Mehrheiten in den Kommunalparlamenten die Möglichkeit bestehe, dass von der Integrationskommission Gebrauch gemacht würde und dann kein Ausländerbeirat mehr möglich sei.*

*Herr Stv. Reyer bedauert, dass bei der Integrationskommission die Arbeit von Ausländerbeiräten ins „parteiliche“ gezogen würde. Er sieht auch durch die geplante Zusammensetzung bei der vorgesehenen Integrationskommission eine Schwächung der Stellung von Migrantinnen und Migranten als gegeben. Herr Stv. Reyer bemängelt weiterhin die nichtöffentliche Tagung der entsprechenden Kommissionen, für ihn stellt das Optionsmodell daher keine Option dar.*

*Herr Stv. Gassmann befürchtet ebenso die Schwächung der Ausländerrechte. Im Rahmen der Integrationskommission würden die Mitglieder dem Bürgermeister unterstellt und die Sitzungen nicht öffentlich sein.*

*Herr Stv. Montag bemerkt, dass beide Anträge anzupassen seien. Er erläutert an dem Beispiel „keine Wahlplakate in der jeweiligen Landessprache“ die Gründe für eine niedrige Wahlbeteiligung zum Ausländerbeirat und schlägt vor, dass sich alle Fraktionen noch einmal interfraktionell zusammensetzen.*

*Herr Stv. Feiertag schlägt eine Sitzungsunterbrechung vor.*

*Die Sitzung wird von Herrn Stv.-V. Hamp von 21:00 bis 21:20 Uhr unterbrochen.*

*Anschließend trägt Herr Stv.-V. Hamp folgenden gemeinsamen Kompromiss vor:*

**Beschluss:**

**„Bekennnis zum Ausländerbeirat“ zum**

*Antrag der Grünen-Stv.-Fraktion betr. Bekenntnis zum Ausländerbeirat  
und*

*Antrag der SPD- und Linken-Stv.-Fraktion betr. Resolution zur Beibehaltung von Ausländerbeiräten*

A)

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest:

1. Ausländerbeiräte sind ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil unserer parlamentarischen Demokratie und ermöglichen ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern aktive Teilhabe.
2. Der Ausländerbeirat Eschwege ist ein engagierter Partner in der Kreisstadt Eschwege und vertritt die Interessen von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern seit über 25 Jahren.
3. Auf Grundlage dieser Erfahrungen bekennt sich die Kreisstadt Eschwege zu ihrem Ausländerbeirat und wird mit *stattfindenden Kommunalwahlen* auch erneut einen Ausländerbeirat wählen.

B)

*Der Magistrat wird beauftragt, diese Beschlussfassung allen im Hessischen Landtag vertretenen Fraktionen unverzüglich zuzuleiten, damit diese vor dem 6. Februar 2020 dort ankommen.*

C)

*Ferner teilen die Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege dem Hessischen Landtag ihre Bedenken hinsichtlich des Optionsmodells und der Form der Kommission mit.*

*So kann nach unserer Auffassung nur ein öffentlich tagendes Modell funktionieren.*

*Weiter sollten die Hürden für die Option höher ausgelegt werden, z. B. durch den Zwang einer 2/3-Mehrheit, um Missbrauch vorzubeugen.*

**Abstimmungsergebnis:**

Beschlossen

Ja: 33, Nein: ---, Enthaltungen: ---

**8. Antrag der SPD-, Grünen- und Linken-Stv.-Fraktion betr. Instrumente zur Transparenz der Stadtverordnetenversammlung**

**Zuständiger Fachbereich:** Fachbereich 1.1

*Herr Stv. Fiegenbaum trägt den Antrag der SPD-, Grünen- und Linken-Stv.-Fraktion vor, begründet ihn und bittet antragsgemäß zu beschließen. Ergänzend beantragt er eine Überweisung in den Haupt- und Kulturausschuss.*

**Antragstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege sollen im Haupt- und Kulturausschuss sinnvolle und attraktive Möglichkeiten zur verbesserten und barrierefreien öffentlichen Zugänglichkeit ihrer Sitzungen erörtert werden. In der Erörterung sind u.a. die Erfahrungen aus anderen kommunalen Gremien in anderen Gemeinden, der Verwaltungsaufwand, die Kosten und die Nutzung derartiger Angebote darzulegen.

**Begründung:**

Von den Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung sind viele Bürger\*innen der Stadt direkt oder indirekt betroffen. Das Zustandekommen der getroffenen Entscheidungen ist hingegen ohne die Teilnahme an den entsprechenden Sitzungen oftmals nicht nachzuvollziehen. Die Eschweger Bürger\*innen müssen jedoch jederzeit die Möglichkeit haben, die Argumentationen und Äußerungen der Stadtverordneten im Kontext verstehen zu können. Mehrere Möglichkeiten sind denkbar. z.B. die Stadt Mühlhausen streamt die Sitzungen im Internet. Andere Kommunen stellen aufbereitete Video-clips der einzelnen Tagesordnungspunkte im Nachgang der Sitzung über verschiedene Kanäle zur Verfügung. Aufgrund der Vielzahl und der Sensibilität verschiedener Instrumente ist die Beratung im Ausschuss unerlässlich.

*Frau Stv. Bierent begrüßt den Antrag und will grundsätzlich zustimmen. Man solle aber vorher bei den kommunalen Spitzenverbänden nachfragen, wie Bürgerinnen und Bürger besser beteiligt werden können bzw. ob dort entsprechende Informationen über alternative Instrumente zum Livestreaming vorliegen. Sie gibt aber auch zu bedenken, dass Livestreaming bzw. Videoaufzeichnungen von Redebeiträgen in der Stadtverordnetenversammlung nicht optimal seien. Es besteht die Gefahr, dass diese geschnitten und zweckentfremdet werden.*

**Beschluss:**

*Für die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege sollen sinnvolle und attraktive Möglichkeiten zur verbesserten und barrierefreien öffentlichen Zugänglichkeit ihrer Sitzungen erörtert werden. In der Erörterung sind u. a. die Erfahrungen aus anderen kommunalen Gremien in anderen Gemeinden, der Verwaltungsaufwand, die Kosten und die Nutzung derartiger Angebote darzulegen.*

*Die Angelegenheit wird zur weiteren Beratung und Erörterung in den Haupt- und Kulturausschuss überwiesen.*

**Abstimmungsergebnis:**

Beschlossen

Ja: 33, Nein: ---, Enthaltungen: ---

## 9. Magistratsbericht

**Zuständiger Fachbereich:** Fachbereich 1.1

*Herr Bgm. Heppe trägt den Magistratsbericht folgendermaßen vor:*

### 1. Bewilligung einer Zuwendung für die Maßnahme Baufeldfreimachung des westlichen Bahnhofsgeländes

Mit Bescheid vom 10.12.2019 bewilligt uns die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WiBank) im Namen des Landes aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung eine Zuwendung in Höhe von bis zu 150.000 EUR für die Maßnahme „Baufeldfreimachung des westlichen Bahnhofsgeländes“.

Der Magistrat hat diese Mittel angenommen und auf Einlegung eines Rechtsbehelfs verzichtet.

Die Zweckbindungsfrist für die Maßnahme beträgt 15 Jahre.

### 2. Verkauf Bauplatz in Eschwege-Oberdünzsbach

Eine Familie hat den Antrag gestellt, in Oberdünzsbach ein Baugrundstück zu erwerben.

Das Grundstück war bereits wiederholt für verschiedene Interessenten reserviert, die aber letztendlich keinen Kaufantrag gestellt haben. Das Grundstück war der letzte städtische Bauplatz in Oberdünzsbach.

Der Magistrat hat dem Verkauf unter Anrechnung von 20 % Familienrabatt zugestimmt.

### 3. Auftragsvergaben

Im Berichtszeitraum hat der Magistrat nachstehend genannte Aufträge vergeben:

- Stadumbauprojekt „Rückbau der Tennisanlage an der Werra“	55.692,00 €
- KITA-Neubau „westliches Bahnhofsgelände“	
Zimmer- und Holzbauarbeiten	415.049,88 €
Dachabdichtungsarbeiten	263.479,58 €
Leichtmetallarbeiten	322.847,00 €
- KITA-Neubau „westliches Bahnhofsgelände“	
Heizungsinstallation	140.920,47 €
Lüftungstechnische Anlagen	136.108,37 €
Sanitärinstallation	155.691,35 €

**Gesamtsumme:** **1.489.788,65 €**

## **10. Anregungen**

### **10.1 Fahrradweg Eschwege – Wehretal**

**Zuständiger Fachbereich:** Fachbereich 3.2, Fachbereich 3.1

*Herr Stv. John bemerkt, dass es zwischen Eschwege und Wehretal keinen Fahrradweg gibt.*

*Er regt an, einmal über die Planung eines solchen nachzudenken und Förderungsmöglichkeiten seitens des Landes Hessen zu prüfen. Er kündigt diesbezüglich auch einen Antrag an.*

### **10.2 Verschmutzung in der Innenstadt**

**Zuständiger Fachbereich:** Fachbereich 1.11

*Herr Stv. Fiege erläutert an einem Beispiel die zeitweise Verschmutzung der Eschweger Innenstadt.*

*Er regt an, dass die Stadtverordneten einmal gemeinsam eine Aufräumaktion starten, um ein Signal zu setzen.*

*Herr Stv.-V. Hamp schließt die Sitzung um 21:50 Uhr.*

**UNTERSCHRIFTSBLATT ZUR NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE  
SITZUNG DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG  
AM 23.01.2020**

**gez. Claus Hamp**

---

**Claus Hamp**  
(Stadtverordnetenvorsteher)

**gez. Volker Jatho**

---

**Volker Jatho**  
(Schriftführer)